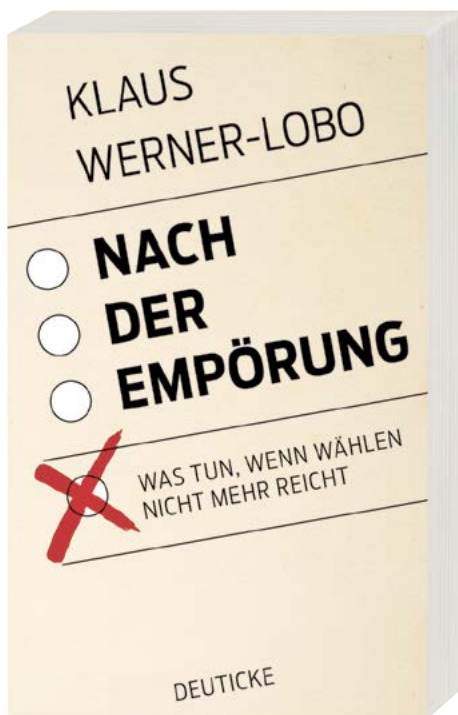


Leseprobe aus:

Klaus Werner-Lobo Nach der Empörung



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf
www.hanser-literaturverlage.de

© Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2016





Klaus Werner-Lobo

Nach der Empörung

Was tun, wenn wählen nicht mehr reicht

Deuticke

1 2 3 4 5 20 19 18 17 16

ISBN 978-3-552-06313-6

Alle Rechte vorbehalten

© Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2016

Satz: Eva Kaltenbrunner-Dorfinger, Wien

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C014496

Inhalt

Vorwort	7
Was kommt nach der Wut?	11
Korruption und Misswirtschaft, Ausbeutung und Umweltzerstörung, Kriege und Flüchtlingselend: Sind PolitikerInnen und Parteien unfähig, gesellschaftliche Probleme zu lösen? Und wer soll das sonst tun?	
Was tun?	62
Was tun, wenn wählen nicht mehr reicht, wenn Politik und Parteien versagen und Privilegierte ihre Macht missbrauchen, um diese zu verteidigen und sich auf Kosten von Umwelt, Demokratie und Menschenrechten zu bereichern? Dagegen hilft nur Selbstermächtigung, Information, solidarisches Handeln und aktiver Widerstand. Manchmal auch der gegen bestehende Unrechtsgesetze.	
Demokratie neu gestalten	134
Die demokratischen Institutionen, wie wir sie kennen, sind am Ende. Wir brauchen mehr und neue Möglichkeiten der Mitgestaltung und Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Ein Plädoyer für die Entmachtung der Herrschenden und die Ermächtigung der Zivilgesellschaft.	

Erfolgreiche Initiativen	149
Alarm-Phone	151
Big Brother Awards	153
Blockupy	156
Critical Mass	158
Ende Gelände	160
Hamburger Transparenzgesetz	162
Kotti & Co	164
Montgomery Bus Boycott	166
#NoPegida	169
One Billion Rising	172
Plant-for-the-Planet	175
Pride Parade	177
Recht auf Marmelade!	179
Refugee Convoy	182
Refugee-Proteste	185
SCOP-TI	188
Stop TTIP	190
The Yes Men	192
WELTbewusst Stadtrundgang	195
Wittstock contra Industriehuhn	198
Weitere Infos	201
Anmerkungen	202

Vorwort

Anna, 18, darf heuer zum ersten Mal wählen. Wen, weiß sie noch nicht. Sie weiß nicht mal, ob sie überhaupt wählen geht. Die Schülerin interessiert sich für Politik, die meisten Informationen holt sie sich aus dem Internet oder in Gesprächen mit FreundInnen. Was sie aufregt: dass Europa, der reiche Kontinent, Tausende Menschen auf der Flucht einfach im Mittelmeer ersaufen lässt. Die Hetze von Pegida & Co., aber noch mehr die Untätigkeit der Regierung. »Eigentlich ist es doch eh fast egal, wen man wählt, PolitikerInnen denken doch eh nur an sich selber«, meint Anna. Und: »Ich würde ja selber gern was unternehmen, aber ich weiß nicht, was.«

Annas Mutter Sandra, 45, hat darauf auch keine Antwort. Mit ihren drei Kindern und einem Halbtagsjob als Betreuerin von Menschen mit Behinderungen hat sie wenig Zeit, das politische Geschehen zu verfolgen. »Wenigstens mache ich im Beruf was Sinnvolles.« Einmal war sie in einem Vortrag über Konzerne, die auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten Profite machen: »Das ist ja alles völlig krank, und unsere PolitikerInnen spielen da mit. Ich fühle mich völlig machtlos.«

Ähnlich geht es dem Soziologiestudenten Jan, 28. Er jedenfalls hat für sich beschlossen, bei »dem ganzen Konsumwahnsinn« nicht mehr mitzumachen. Er meidet bekannte Marken, ernährt sich vegetarisch (»für vegan bin ich leider zu wenig konsequent«) und spendet monatlich einen kleinen Betrag an eine Umweltorganisation (»obwohl ich selbst eigentlich nicht so viel Geld zur Verfügung habe«). Gewählt

hat er bisher, mehr oder weniger widerwillig, die Grünen, »Die Linke« und einmal die SPD, »weil ein Kumpel von mir für den Gemeinderat kandidiert hat. Aber es geht sowieso nur um das geringste Übel.«

Zeynep, 24, darf gar nicht wählen. Obwohl sie in Wien aufgewachsen ist. Sie hat die »falsche« Staatsbürgerschaft. »Ich fühle mich als Mensch zweiter Klasse.« Deshalb engagiert sich das Arbeiterkind, das es mit Hartnäckigkeit an die Uni geschafft hat, neben dem Studium bei der Gewerkschaft. »Wir sind eine kleine Gruppe, die sich für MigrantInnenrechte einsetzt und ein Bewusstsein dafür schaffen will, dass es hier ein neues Proletariat gibt, für das die von der ArbeiterInnenbewegung erkämpften Rechte nicht gelten.«

Unsere Demokratie befindet sich in einer schweren Krise: Immer weniger Menschen trauen Parteien und Regierungen zu, gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen wie Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Armut, Unsicherheit, Umweltzerstörung und so weiter zu lösen. Im Gegenteil: Weniger als die Hälfte der Deutschen glaubt noch an die Demokratie als beste Regierungsform, über achtzig Prozent der Wahlberechtigten glauben, dass sie keinen nennenswerten Einfluss auf die Politik haben – und mit weniger als zehn Prozent bilden PolitikerInnen das Schlusslicht auf der Vertrauensskala aller Berufsgruppen.

Die Ursache dafür liegt nicht nur in Korruptionsskandalen und gebrochenen Wahlversprechen, sondern in einem Demokratiemodell, das den Herausforderungen einer globalisierten und heterogenen Gesellschaft längst nicht mehr gewachsen ist. Demokratische Entscheidungsprozesse und Institutionen werden sukzessive von ökonomischen Profitinteressen delegitimiert und ausgehebelt, der entfesselte Markt hat längst das Primat über die Politik errungen. Auch

ehemals linke Parteien stoßen an ihre Grenzen oder lassen sich von der Macht und dem neoliberalen Mainstream korrumpieren.

Die Folge: Es regiert Politikverdrossenheit. Dieser Satz stimmt allerdings nur, wenn man ihn wörtlich nimmt: Wir werden zunehmend von Menschen regiert, die politikverdrossen sind, also selbst nicht mehr daran glauben, etwas ändern zu können – oder es gar nicht wollen. In der Gesellschaft hingegen steigt nicht die Politikverdrossenheit, sondern die PolitikerInnen-Verdrossenheit, also die Wut auf bestehende Systeme und die Sehnsucht nach fundamentaler Veränderung.

Was aber hilft wirklich, wenn wir uns über Ungerechtigkeit, Korruption und Stillstand ärgern? Wenn wir unsere Gesellschaft oder unsere Umwelt verbessern wollen? Reicht ein bewussteres Konsumverhalten aus? Bringen Spenden an gemeinnützige Organisationen etwas? Sollen wir überhaupt noch wählen gehen? Oder haben wir gar keine Wahl mehr, weil die Reichen und Mächtigen eh tun, was sie wollen? Und wie begegnen wir jenen, die die allgemeine Unzufriedenheit für ihre eigenen Zwecke nutzen, für rechte Hetze, Spaltung und Populismus?

Dieses Buch belässt es nicht bei der Wut aufs herrschende System. Es will Mut machen, Mut auf politisches Engagement abseits der institutionellen Parteipolitik. Es zeigt anhand konkreter kleiner und großer Erfolgsstorys, wie einzelne Menschen und Initiativen etwas zum Positiven bewegt und die Welt ein kleines bisschen verbessert – oder sogar Geschichte geschrieben haben. Wie so gut wie jeder gesellschaftliche Fortschritt in der Menschheitsgeschichte von sozialen Bewegungen erzielt wurde, die an sich und ihre Anliegen geglaubt, sich und andere informiert, sich organisiert,

die Komfortzone verlassen und gemeinsam gehandelt und Zivilcourage bewiesen haben.

Die Welt und die gesellschaftlichen Verhältnisse, so deaströs ihr Zustand und ihre Entwicklung manchmal scheinen mögen, haben immer wieder in der Geschichte auch entscheidende Verbesserungen erfahren. Das ist nicht von selbst passiert. Und auch nicht, weil irgendwann »die Guten« die Wahlen gewonnen haben. Es ist passiert, weil sich mutige Menschen dazu entschieden haben, solidarisch zu handeln und mit jenen, die den Planeten und den sozialen Zusammenhalt gefährden, in Konflikt zu treten. Vielleicht werden wir diesen Konflikt niemals ganz gewinnen, aber eines ist sicher: Sobald wir aufhören, ihn auszutragen, haben wir ihn verloren. Dieses Buch zeigt, dass wir auch abseits von Wahlen die Wahl haben: Jeder und jede von uns kann sich für Solidarität – und gegen Ausbeutung und Zerstörung – entscheiden. Das soll jetzt nicht unbedingt ein Wahlversprechen sein, aber: Sich dafür zu entscheiden kann Ihr Leben verbessern.

Wien 2016
Klaus Werner-Lobo

Was kommt nach der Wut?

Korruption und Misswirtschaft, Ausbeutung und Umweltzerstörung, Kriege und Flüchtlingselend: Sind PolitikerInnen und Parteien unfähig, gesellschaftliche Probleme zu lösen? Und wer soll das sonst tun?

Täglich werden wir von Nachrichten überschwemmt, die uns an der Zukunft der Menschheit und des Planeten zweifeln oder gar verzweifeln lassen und bei vielen von uns zumindest Wut und Empörung auslösen. Obwohl die Wirtschaftskraft vieler Länder steigt, nimmt weltweit – und sogar auch innerhalb der reichen Staaten – fast überall die Armut zu. Millionen Menschen flüchten vor Krieg und Elend, Tausende Männer, Frauen und Kinder sterben auf der Flucht nach Europa, gleichzeitig wachsen hier Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Nationalistische und sogar faschistische Gruppen haben auch bei uns wieder Zulauf. Umweltzerstörung und Klimawandel sind so weit vorangeschritten, dass es zum Teil nur noch um Schadensbegrenzung geht. Gleichzeitig stopfen sich Multimillionäre und Milliardäre die Taschen voll, Parteien und PolitikerInnen begehen nahezu ungestraft Korruption und Misswirtschaft, Banken- und Konzernlobbys machen auch demokratische Staaten und Regierungen zu willfährigen Marionetten ihrer Profitinteressen.

Eine Folge davon ist, dass immer weniger Menschen den demokratischen Institutionen zutrauen, gesellschaftliche

Probleme zu lösen. »Feststellbar ist eine absolute Unzufriedenheit mit den politischen Eliten und mangelndes Vertrauen in die Politik«, analysiert die Sozialanthropologin Shalini Randeria: »Wir befinden uns in Europa in einer Situation, wo die Menschen Angst um ihren Wohlstand und ihren Arbeitsplatz haben. Ausländer, Asylsuchende und Migranten werden von Rechtspopulisten zu Sündenböcken gemacht, Zukunftsängste werden mobilisiert. Aber natürlich spielen auch die geringer werdenden sozialstaatlichen Leistungen, seit Jahren stagnierende Reallöhne für die Bezieher niedriger Einkommen und der Rückbau des Wohlfahrtsstaates eine Rolle. Das ergibt eine sehr unangenehme Mischung.«¹

Weniger als die Hälfte der Deutschen glaubt noch an die Demokratie als beste Regierungsform, über achtzig Prozent der Wahlberechtigten glauben, dass sie keinen nennenswerten Einfluss auf die Politik haben – und mit weniger als zehn Prozent bilden PolitikerInnen das Schlusslicht auf der Vertrauensskala aller Berufsgruppen. Bei den Bundestagswahlen ist die Wahlbeteiligung in den letzten Jahrzehnten fast stetig gesunken: von 91,1 Prozent 1972 auf 71,5 im Jahr 2013.² In Österreich verhält es sich ähnlich: Dort sank die Beteiligung an den Nationalratswahlen von 91,9 Prozent 1975 auf 74,4 im Jahr 2013.

Noch schlimmer sieht es bei Landtagswahlen aus: Hier gaben zuletzt nur noch zwischen 47,9 (Brandenburg, 2014) und 56,5 (Hamburg, 2015) Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.³ Und am niedrigsten ist die Beteiligung an den Europawahlen: Während sie bei den ersten Wahlen zur Europäischen Gemeinschaft 1979 noch bei 63 Prozent lag, sank sie bei den EU-Wahlen 2009 und 2014 auf jeweils rund 43 Prozent.

Dabei sind NichtwählerInnen keineswegs unpolitisch, wie

eine aktuelle Studie⁴ des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung feststellt – im Gegenteil: Die meisten geben politische Gründe für ihre Verweigerungshaltung an. Nichtwählen sei weniger ein Resultat von persönlicher Lethargie, Desinteresse oder gar Zufriedenheit mit dem Gang der Dinge. Vielmehr artikulieren die NichtwählerInnen ein deutliches Unbehagen mit der Art und Weise, wie Politik betrieben werde. Sie fühlen sich wenig beachtet und beklagen, dass Politik nur mehr Machterhalt bedeute und PolitikerInnen für die »Sorgen und Nöte der kleinen Leute« kein Ohr hätten. Rund sechzig Prozent gaben an, die Bundespolitik weiterhin mit starkem Interesse zu verfolgen, drei Viertel der Befragten interessierten sich nach eigener Aussage für das politische Geschehen in ihrer Kommune.

Rund die Hälfte von ihnen liest eine Tageszeitung. Und ebenso viele wissen, wer im Kommunalparlament für ihren Wohnbereich zuständig ist. Die meisten NichtwählerInnen geben sogar an, die Angebote der Parteien wahrzunehmen, die Aktivitäten von MandatsträgerInnen auf den einzelnen Politikebenen zu beobachten und die Wahlkampfaktivitäten der Parteien zu verfolgen. Vor allem aber zeigt sich, dass in erster Linie unterprivilegierte Milieus zur Wahlenthaltung tendieren. Mit anderen Worten: Vor allem jene, denen es nicht so gut geht, haben offenbar kein Vertrauen, dass Wahlen und politische Parteien ihre Situation verbessern würden.

Die Studie räumt auch mit dem Vorurteil auf, dass Menschen aus Faulheit oder Desinteresse den Weg zur Wahlurne verweigern würden. Im Gegenteil: Persönliche oder formale Gründe – etwa die Änderung des Wahlrechts, die Entfernung zum Wahllokal oder private Urlaubsreisen am Wahltag – spielen kaum eine Rolle. Umso realitätsferner sind die

Reaktionen der etablierten Parteien auf die angebliche Politikverdrossenheit: So schlug SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi vor, auch in Supermärkten und Bahnhöfen Wahlurnen aufzustellen, während die CDU mit der Idee nachzog, die Wahllokale zwei Stunden länger offen zu halten. Grüne und »Die Linke« glauben wenigstens, dass Volksabstimmungen gegen die Demokratiemüdigkeit der BürgerInnen helfen könnten. Und die FDP plädiert für E-Voting, also die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe. Außerdem solle, so die CDU, in Schulen, an Bundeswehrstandorten und in Unternehmen für Demokratie geworben werden.⁵

Als ob solche Maßnahmen etwas nützen würden, wenn sich immer weniger Menschen der konkrete Sinn ihrer Stimmabgabe erschließt – also etwa eine Verbesserung persönlicher Lebensumstände und Perspektiven oder gar der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Demokratie der Privilegierten

Im Sommer 2015 veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung eine Studie, der zufolge die Wahlbeteiligung der sozialen Oberschicht um bis zu vierzig Prozentpunkte über der Wahlbeteiligung sozial schwächerer Milieus liegt. Diese sind im Wahlergebnis um bis zu einem Drittel unterrepräsentiert. Ihr Anteil an den NichtwählerInnen ist fast doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Summe der Wahlberechtigten.⁶

Bereits bisher stellten Studien fest: Je höher die Arbeitslosigkeit, je geringer die Haushaltseinkommen und schlechter die Wohnlagen in einem Stadtviertel, Stimmbezirk oder Wahlkreis, umso geringer die Wahlbeteiligung. Die für die Bundestagswahl repräsentativen Schätzergebnisse der Ber-

telsmann-Studie bestätigen die These einer tiefen sozialen Spaltung der Wahlbeteiligung auch auf individueller Ebene. Sie bauen auf sogenannten Sinus-Milieus auf, die Menschen nach ihrem sozialen Status und ihren Einstellungen gruppieren. Die höchste Wahlbeteiligung (88 Prozent) wurde für das liberal-intellektuelle Milieu geschätzt, einem sozial starken Milieu der Oberschicht. Die geringste Wahlbeteiligung (47,7 Prozent) ergab sich für das Milieu der sogenannten HedonistInnen, einem konsumfreudigen Milieu der sozialen Unter- und Mittelschicht. Zwischen den beiden Milieus klafft somit ein Unterschied von etwas mehr als vierzig Prozentpunkten.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch für das sozial benachteiligte prekäre Milieu mit einer Wahlbeteiligung in Höhe von lediglich 58,9 Prozent. Aus den geschätzten Wahlbeteiligungsquoten lassen sich auch die NichtwählerInnen der einzelnen Milieus in absoluten Zahlen berechnen. Dabei zeigt sich, dass die beiden sozial schwachen Milieus mit der niedrigsten Wahlbeteiligung (HedonistInnen und Prekäre) mit insgesamt 6,6 Millionen fast 38 Prozent aller NichtwählerInnen stellen, obwohl ihr Anteil an der Gesamtheit aller Wahlberechtigten bei lediglich 22 Prozent liegt. »Soziale Ungleichheit schadet deshalb der Wahlbeteiligung und der Demokratie«, so die Schlussfolgerung der Autoren: »Eine zunehmend selektive Wahlbeteiligung kann deshalb für die repräsentative Demokratie zu einem Teufelskreis sinkender Wahlbeteiligung, selektiver Repräsentation und dadurch weiter erodierender Akzeptanz und Partizipationsbereitschaft werden.« Mit anderen Worten: Politik wird nicht für jene gemacht, die am meisten Unterstützung bräuchten, sondern für jene, die ohnehin privilegiert sind.

Rechtlose MigrantInnen

Eine andere Gruppe darf erst gar nicht wählen gehen: Menschen, die zwar hier leben, arbeiten, Steuern und Sozialabgaben zahlen, aber keine inländische Staatsbürgerschaft besitzen. Damit wird einer der Grundsätze etwa angloamerikanischer Demokratietheorien verletzt: »No taxation without representation«: Wer nicht wählen darf, soll wenigstens auch keine Steuern zahlen müssen.

In der Europäischen Union dürfen zwar EU-BürgerInnen an Kommunal- und Bezirkswahlen an ihrem Hauptwohnsitz teilnehmen, unabhängig davon, in welchem Mitgliedsstaat sich dieser befindet. Die Mitbestimmung der Landes- und Bundespolitik bleibt ihnen aber verschlossen – auch in einer Stadt wie Wien, die gleichzeitig ein Bundesland ist. So genannte Drittstaatsangehörige von Ländern außerhalb der EU haben in Ländern wie Deutschland und Österreich auch dann kein Wahlrecht, wenn sie seit vielen Jahren hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Manchmal sogar nicht einmal dann, wenn sie hier geboren sind. Der Zugang zur Staatsbürgerschaft für Zugewanderte ist mit großen Hürden verbunden, und dort wo Doppelstaatsbürgerschaften verboten sind, würde der die Aufgabe der Herkunftsstaatsbürgerschaft bedingen und zum Beispiel die Bindung zu Angehörigen erschweren.

Das bedeutet nicht zuletzt, dass die bürgerlichen Rechte und Interessen von MigrantInnen und damit ein erheblicher Prozentsatz – in manchen Ländern bis zu einem Viertel – der Bevölkerung in Parlamenten keine entsprechende Vertretung finden. Und man fühlt sich an Zeiten erinnert, in denen – bei uns bis vor knapp hundert Jahren – Frauen nicht wählen durften.

Versprochen und gebrochen

»Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd«, sagte schon Otto Bismarck. Dass PolitikerInnen nicht geglaubt wird, liegt auch daran, dass Parteien vor Wahlen Dinge in Aussicht stellen, die sie danach nicht erfüllen können oder wollen. Meist geht es dabei um finanzielle Annehmlichkeiten wie Steuer- oder Gebührensenkungen, die in vielen Fällen ohnehin politisch fragwürdig sind, weil niedrigere Steuern häufig auch die Finanzierbarkeit öffentlicher Dienste gefährden.

»Wir werden ein Programm auflegen, mit dem wir den Eingangssteuersatz auf zwölf Prozent und den Spitzensteuersatz auf 39 Prozent senken«, versprach Angela Merkel vor der Bundestagswahl 2005. Fünf Jahre später lag der Eingangssteuersatz noch immer bei 14, der Spitzensteuersatz bei 42 Prozent. »Wir weichen nicht in Schulden aus«, sagte der ehemalige Finanzminister Hans Eichel noch vor der Wahl 2002. Nach der Wahl betrug die Neuverschuldung dann 34,6 Milliarden Euro, obwohl der Stabilitätspakt nur 21,1 Milliarden erlaubte. 1998 versprach Gerhard Schröder, die Arbeitslosenzahlen bis 2002 auf unter 3,5 Millionen zu drücken. Im Frühjahr 2002 lagen die Zahlen dann mit 4,2 Millionen höher als vier Jahre zuvor. Und mit der Entscheidung, deutsche Soldaten zum Kriegseinsatz in den Kosovo zu schicken, brachen die Grünen unter Joschka Fischer 1998 nicht nur ihr Wahlkampfversprechen, sondern verprellten auch zahllose Mitglieder.

Auch das Versprechen, bestimmte Koalitionsbündnisse auszuschließen, gilt nach der Wahl häufig nicht mehr: Vor der hessischen Landtagswahl 1998 hatte SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti jede Form eines Bündnisses mit der

Partei »Die Linke« mehrfach ausgeschlossen – wollte sich danach aber mit deren Unterstützung zur Ministerpräsidentin einer rot-grünen Koalition küren lassen. Grüne und SPD-Abgeordnete verweigerten ihr allerdings die Gefolgschaft. In Österreich hatte ÖVP-Parteichef Wolfgang Schüssel im Wahlkampf 1999 versprochen: »Wenn wir Dritte werden, gehen wir in Opposition!« Als die nach der Wahl drittplatzierte ÖVP schließlich doch eine Koalitionsregierung mit der rechtspopulistischen FPÖ unter Jörg Haider einging und Schüssel damit Kanzler wurde, kommentierte dies der damalige Obmann der ÖVP-Parlamentsfraktion Andreas Khol mit den Worten: »Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit.« Anders gesagt: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, wenn es mich die Macht kosten würde?

Wenn wählen nichts mehr ändert

Irgendwie scheinen die Leute zu spüren, dass es wahlwerbenden Gruppen und politischen Eliten weniger um eine dem Gemeinwohl verpflichtete Gestaltung der Gesellschaft geht, sondern im besten Fall um die Legitimation ihrer eigenen Existenz durch den demokratischen Souverän, also das Wahlvolk, das alle paar Jahre die Stimme abgeben möge, um sie in der Zeit dazwischen möglichst nicht zu erheben. Es scheint, als gewinne das Zitat der anarchistischen Theoretikerin Emma Goldman (1869–1940) an Aktualität: »Würden Wahlen etwas ändern, so wären sie verboten.«

Die Regierenden scheinen mit der Demokratieverdrossenheit eines wachsenden Teils der Bevölkerung jedenfalls kein allzu großes Problem zu haben. Schon der legendäre britische Premierminister Winston Churchill (1874–1965)

zeigte, was demokratisch gewählte PolitikerInnen von den Menschen halten, die sie vertreten sollen: »Das beste Argument gegen die Demokratie ist ein fünfminütiges Gespräch mit einem durchschnittlichen Wähler.« Heute bringt es der deutsche CDU-Generalsekretär Peter Michael Tauber auf den Punkt, der sich nicht sicher ist, ob die Nichtbeteiligung an einer Wahl »automatisch eine Ablehnung des demokratischen Systems« bedeute. Nicht zu wählen, so Tauber, könne ja »auch Ausdruck von Zufriedenheit mit der Regierung sein«. ⁷

Das liberal-konservative Debattenmagazin *The European* analysiert dazu:

Tauber stellt da sicherlich eine zentrale Frage. Der Bürger ist heutzutage in erster Linie Konsument, auch Politik-Konsument. Bei der Frage »Wählen oder nicht?« wägt er Nutzen und Kosten ab. Wenn das Ergebnis ohnehin festzustehen scheint (...), sehen viele keinen Sinn darin, ihre Stimme überhaupt abzugeben. Auch nimmt ein wachsender Teil der Wahlberechtigten sein Grundrecht auf unpolitisches Verhalten wahr. Die Zeiten, in denen alle den Spruch »Wahlrecht ist Wahlpflicht« gerne beherzigten, sind lange vorbei.

Für das Nichtwählen gibt es zwei zentrale Motive. Die einen wählen nicht, weil sie sich von der Politik nichts oder nichts mehr erhoffen: »Die da oben machen ja doch, was sie wollen.« Andere wählen nicht, weil sie keine Angst haben, ein »falsches« Wahlergebnis könnte schlimme Folgen haben. Diese Nichtwähler vertrauen offenbar auf die Stabilität unseres politischen Systems, was ja durchaus positiv zu werten ist: »Wenn die anderen drankommen, geht die Welt auch nicht unter.«

Positiv zu werten ist das allerdings vor allem für jene, die ihre Privilegien behalten – egal, wer an die Macht kommt. Die Zeiten des Klassenkampfes, also der erbitterten GegenInnenschaft zwischen Arbeitenden und Besitzenden, scheinen in Mitteleuropa vorbei zu sein. SozialdemokratInnen, Christlichsoziale, Liberale und Grüne setzen auf den freien Markt mit sozialstaatlichen und ökologischen Begleitmaßnahmen. Immerhin hat die »soziale Marktwirtschaft« in den letzten Jahrzehnten für eine relativ breite Verteilung des Wohlstands gesorgt. Umweltkatastrophen und Kriege kennen die meisten von uns nur aus den Auslandsnachrichten oder den Geschichtsbüchern.

Wer der sogenannten Mehrheitsgesellschaft angehört, einen abgesicherten Job, eine ausreichende Rente oder Vermögen hat oder in eine wohlhabende Familie hineingeboren wurde, aber auch ein relativ großer Teil der StaatsbürgerInnen aus weniger privilegierten Verhältnissen konnte in der Vergangenheit auf soziale Sicherheit und Aufstiegschancen, auf gute Bildung und Gesundheitsversorgung, eine halbwegs intakte Umwelt, moderne Infrastruktur, ein reichhaltiges Konsumangebot und bürgerliche Rechte zählen.